



14. August 2020

## **Belarus, das neue Schlachtfeld für Demokratie, darf nicht ignoriert werden**

Am 11. August 2020 erklärte der Hohe Vertreter der Europäischen Union, dass die Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August 2020 „weder frei noch fair“ waren und „glaubwürdige Berichte von inländischen Beobachtern zeigen, dass der Wahlprozess nicht den von einem OSZE-Teilnehmerstaat erwarteten internationalen Standards entsprach“.

Im Gegensatz dazu hat der russische Präsident Wladimir Putin seinem belarussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko bereits zum angekündigten Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Belarus gratuliert. Das ist nicht verwunderlich, wenn man beachtet, wie Wladimir Putin selbst in Russland an der Macht festhält.

Die russische Agentur TASS berichtete, dass Wladimir Putin in seinem Glückwunschschreiben folgendes erklärte: „Ich gehe davon aus, dass Ihr staatsmännisches Geschick die weitere Entwicklung der für beide Seiten vorteilhaften russisch-belarussischen Beziehungen in allen Bereichen sowie die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen des Föderationsstaates, die Stärkung der Integrationsprozesse innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion und der GUS sowie der militärpolitischen Beziehungen innerhalb der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit fördern wird.“

Die gegenwärtigen politischen Turbulenzen in Belarus werden es für den russischen Präsidenten zunehmend verlockender machen, nach diesen geopolitischen Zielen zu greifen – mit oder ohne Alexander Lukaschenko, was eine weitere ernstzunehmende Gefahr für Sicherheit und Stabilität in Europa darstellen würde.

Daher muss die internationale Gemeinschaft in diesen für die Demokratie schwierigen Zeiten proaktiv tätig sein, um sicherzustellen, dass der Wille des belarussischen Volkes, eines europäischen Landes, respektiert wird, und es keiner Tyrannei und Unterdrückung von innen oder außen unterworfen wird.

In dieser kritischen Zeit müssen die Staatsoberhäupter der westlichen Demokratien dem belarussischen Volk beistehen, wenn es seine Grundrechte in Anspruch nimmt, die allen Menschen im Rahmen der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* garantiert werden, und geeignete Maßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die für Verstöße gegen den Präsidentschaftswahlprozess, für das brutale Vorgehen gegen Demonstranten und politisch motivierte Verhaftungen verantwortlich sind.

*Eugene Czolij*

NGO „Ukraine-2050“ Präsident

Präsident des Ukrainischen Weltkongresses (2008-2018)

*Die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Ukraine-2050“ ist eine gemeinnützige Organisation, die gegründet wurde, um innerhalb einer Generation – bis 2050, die Umsetzung von Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Ukraine als völlig unabhängiger, territorial integrierter, demokratischer, reformierter und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger europäischer Staat zu fördern.*